

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

12. November 2018

Heidelberger Appell an die Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mehr als 1.500 Flüchtlinge sind nach UN-Angaben in den ersten sieben Monaten dieses Jahres im Mittelmeer zu Tode gekommen. Allein im September starb oder verschwand eine von acht Personen, die das Mittelmeergebiet nach Europa überquerten. Nach Angaben von IOM und UNHCR lässt sich dies zum großen Teil auf die Reduzierung von Such- und Rettungskapazitäten zurückführen.

Die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger blicken mit äußerster Sorge und Unverständnis auf diese furchtbare Entwicklung. Die humanitäre Verantwortung aller Staaten in Europa gebietet es, diesem Trend mit Vehemenz entgegenzuwirken und zwei der wichtigsten europäischen Grundgedanken, dem Schutz des Lebens sowie der menschlichen Würde, höchste politische Priorität einzuräumen.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist es aus meiner Sicht unerlässlich, intensive politische Anstrengungen darauf zu verwenden, die schwierige Situation im Mittelmeer zu lösen, bis auf europäischer Ebene eine Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gefunden ist.

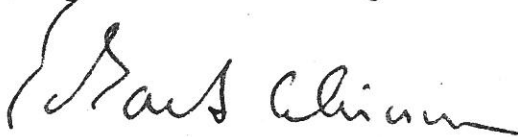
Ich schließe mich daher den Schreiben meiner Kollegin aus Köln sowie meiner Kollegen aus Düsseldorf, Bonn, Berlin und Freiburg an, und appelliere gleichzeitig, auch im Auftrag des Heidelberger Gemeinderates, an Sie, sich sowohl für die Fortführung der Seenotrettung als auch für sichere Fluchtwege als Bestandteil einer menschenwürdigen Asylpolitik mit Nachdruck einzusetzen.

Heidelberg ist, als Konsequenz daraus, ebenfalls bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen. Die hiesigen, ausgezeichneten Strukturen und das hohe Engagement seitens der Heidelberger Bürgerschaft schaffen bereits jetzt gute Rahmenbedingungen für eine zügige und gelungene Integration.

Allerdings werden sowohl von kommunalpolitischer Seite als auch von den zahlreichen Akteuren in den Hilfenetzwerken dringend verbesserte gesetzliche Grundlagen gefordert, die dazu führen, dass sich Betroffene schnell auf eine eigenständige berufliche Zukunft in unserem Land konzentrieren können. Deshalb möchte ich Sie, stellvertretend für die Bundesregierung, dazu aufrufen, ein entsprechend gestaltetes Einwanderungsgesetz zügig auf den Weg zu bringen.

All diese Anliegen erfahren in Heidelberg eine breite Unterstützung. Nicht nur deshalb bin ich davon überzeugt, dass sich die großen Anstrengungen auf allen politischen Ebenen für Deutschland und Europa in vielfältiger Weise bezahlt machen werden.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Eckart Würzner', written in a cursive style.

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister